

Richtlinien

für die Förderung von MitarbeiterInnenschulungen und Maßnahmen zur außerschulischen Bildung von Gemeinden, Samtgemeinden, Städten, Gruppen und Verbänden, die ihren Sitz im Landkreis Cuxhaven haben

A) I. Grundsätze

1. Lehrgänge im Sinne dieser Richtlinien sind, wenn der Lehrgangscharakter im Sinne der Aus- und Fortbildung in einem oder mehreren Gebiet/en der Jugendarbeit gewahrt ist.

Gefördert werden können Maßnahmen in den Bereichen:

- a) MitarbeiterInnenschulungen zur Aus- und Fortbildung
Gefördert werden Personen, die ehrenamtlich in der Jugendarbeit im Landkreis Cuxhaven tätig sind. Die TeilnehmerInnen müssen mind. 12 Jahre alt sein. Es wird nur die Teilnahme eigener Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Veranstalters gefördert;
 - b) Außerschulische Bildungsmaßnahmen in den Bereichen gesellschaftspolitische Bildung, kulturelle Bildung, umweltpolitische Bildung, Weiterentwicklung und Erprobung neuer Wege.
Die Förderung richtet sich an Jugendliche (ab 12 Jahre) und junge Menschen (die noch nicht 27 Jahre sind), die ihren Wohnsitz im Landkreis haben.
2. Bei Schulungen von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Jugendarbeit und bei außerschulischen Bildungsmaßnahmen sind nur Maßnahmen zu fördern, die mindestens von sechs, in der Regel höchstens von 40 Personen besucht worden sind. Die Hälfte der Gesamtteilnehmer muss das 14. Lebensjahr vollendet haben.:
 3. Ein/e BetreuerIn wird ab sechs TeilnehmerInnen gefördert. Für je sechs weitere kann ein/e zusätzliche/r BetreuerIn mitgefördert werden. (max. 3 BetreuerInnen).
 4. Gruppen und Verbände, die ihren Sitz nicht im Landkreis Cuxhaven haben und TeilnehmerInnen mitschulen, die im Landkreis tätig werden sollen, erhalten für diese ebenfalls einen Zuschuß.
 5. Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht.

II. Verfahrensweisen

1. Die Maßnahme muss von Verbänden, Vereinen oder Gruppen durchgeführt werden, die als förderungswürdig anerkannt sind.
2. Der formlose Antrag auf Förderung muß spätestens sechs Wochen vor Beginn der Maßnahme schriftlich dem Amt Jugendhilfe/Jugendpflege vorliegen.
 - 2.1 Dem Antrag sind beizufügen:
 - a) Programm
 - b) Angabe der Teilnehmerzahl einschl. Altersangabe
 - c) Kosten- und Finanzierungsplan
3. Bei Erfüllung der Voraussetzungen erhält der/die AntragstellerIn ein Bewilligungsschreiben mit Abrechnungsunterlagen.
4. Die Abrechnungsunterlagen müssen spätestens sechs Wochen nach Beendigung der Maßnahme dem Amt Jugendhilfe/Jugendpflege vorliegen; es kann schriftlich eine Nachfrist von zwei Wochen beantragt werden.

Zur Abrechnung gehören:

- a) Programm mit Angabe der Uhr- bzw. Seminarzeiten
 - b) TeilnehmerInnenliste mit eigenhändigen Unterschriften
(bei MitarbeiterInnenschulungen A) I 1 a mit Angabe Verband)
 - c) Kostenabrechnung mit Belegen
 - d) Bericht
5. Werden Anträge oder Abrechnungsunterlagen nicht fristgerecht eingereicht, kann die Maßnahme nur bezuschußt werden, wenn am Ende des Haushaltsjahres noch ausreichend Mittel zur Verfügung stehen.

III. Höhe der Zuschüsse

1. Pro Tag und TeilnehmerIn wird ein Zuschuß in Höhe von 6,50 € gewährt.
2. Eintägige Bildungsveranstaltungen werden nur bei mindestens sechsständiger Dauer berücksichtigt.

Bei mehrtägigen Bildungsveranstaltungen sind An- und Abreisetag zusammen nur als ein TeilnehmerInnentag zu berücksichtigen.

Sie sind als zwei TeilnehmerInnentage zu berücksichtigen, wenn

- a) die Bildungsveranstaltung am ersten Tag bis 12.00 Uhr beginnt und am letzten Tag nach 15.30 Uhr endet oder
 - b) bei zweitägigen Bildungsveranstaltungen zwischen Freitag und Sonntag insgesamt mindestens acht Stunden Bildungsarbeit geleistet werden.
3. Die Höchst-Förderungsdauer beträgt 10 Tage.

4. Die Gesamteinnahmen dürfen die Gesamtausgaben nicht überschreiten, ggf. wird der Zuschuß des Kreises um den Differenzbetrag gekürzt.
5. Dabei ist auch Voraussetzung, daß sich der Träger mit mind. 20 v. H. an den Gesamtkosten beteiligt.
6. In diesem Zusammenhang ist bei den Ausgaben darauf zu achten, daß (evtl.) Fahrtkostenerstattungen lediglich in Höhe der Sätze des Bundesreisekostengesetzes (0,20 €/km) anerkannt werden können.
7. Weiterhin ist nur das Verbrauchsmaterial (nicht das Gebrauchsmaterial) zuschußfähig. Zusätzliche Mahlzeiten werden bei Vollverpflegung nicht berücksichtigt.

B) Förderung von Einzelpersonen zur Teilnahme an Maßnahmen an Bildungsstätten:

Die vorstehenden Richtlinien gelten analog.

Stand: 02.12.2010